

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4377

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4377



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Schädlicher Mindestlohn

Zerstört bewährte Sozialpartnerschaft.

Am 18. Juni

NEIN zum staatlichen
Lohndiktat

mindestlohn-nein.ch

NEIN zum staatlichen Lohndiktat!

Schädlicher Mindestlohn

- zerstört Sozialpartnerschaft
- vertreibt Arbeitsplätze
- heizt die Preise an
- ist für Bekämpfung Armut ungeeignet

Argumente gegen den staatlichen verordneten Mindestlohn in Zürich und Winterthur.
Städtische Abstimmungen vom 18. Juni 2023

Staatliches Lohndiktat in Zürich und Winterthur: **Höchste Mindestlöhne der Welt**

Der Zürcher Gemeinderat will einen Mindestlohn in der Stadt Zürich einführen. Alle Personen, die in der Stadt arbeiten, sollen mindestens fast 26 Franken in der Stunde verdienen. Auch in Winterthur soll ein Mindestlohn eingeführt werden. Hier fordert eine Initiative 23 Franken pro Stunde.

Dieser staatlich garantierte Lohn ist nicht an Ausbildung oder Leistung gekoppelt. Das staatliche Lohndiktat zerstört die bewährte Sozialpartnerschaft und schlägt einen Keil zwischen Arbeitnehmende und Arbeitgeber. **Die Städte scheren alle Arbeitnehmer mit einem diktierten Lohn über einen Kamm. Aus- und Weiterbildung oder Berufserfahrung spielen keine Rolle mehr.** Leistung zählt nicht mehr. So entsteht Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze wandern in die Agglomeration ab.

Bei den vorgeschlagenen Mindestlöhnen in Zürich und Winterthur handelt sich um die höchsten Mindestlöhne auf der ganzen Welt. Sie sind beide noch viel höher als in der reichen Pharmastadt Basel (19 Franken). Dabei zeigt die Erfahrung, dass ein staatliches Lohndiktat die bewährte Sozialpartnerschaft zerstört, Arbeitsplätze vernichtet, zu höheren Preisen führt und Aus- und Weiterbildung abwertet. Das gilt vor allem bei einem sehr hohen Mindestlohn.

Für die Bekämpfung der Armut sind Mindestlöhne völlig ungeeignet. Nur gut 4 Prozent der Arbeitnehmenden verdienen in der Stadt Zürich unter dem vorgeschlagenen Mindestlohn. In Winterthur sind es rund 5 Prozent. Der Grossteil von Ihnen ist nicht von Armut betroffen. Als Working Poor gelten insbesondere Familien und getrenntlebende Eltern. Der Mindestlohn hilft ihnen nicht. Sie sind selten im Mindestlohn angestellt. Im Gegenteil: Die schädlichen Auswirkungen des Mindestlohnes wie die höheren Preise treffen die Armutsbetroffenen am stärksten.

Das staatliche Lohndiktat mit einem Mindestlohn befeuert zudem die Bürokratie. In Zürich und Winterthur müssen teure Kontrollmechanismen für sämtliche Beschäftigte aufgebaut werden. Zudem wird der Mindestlohn in bürokratischen Prozessen fortwährend überprüft und nach oben angepasst. **Ein JA zum Mindestlohn führt zu stetig steigenden Mindestlöhnen, bis das ganze Gewerbe vertrieben ist. Die Linke verlangt ständig Durchmischung, doch die linken Mindestlöhne in Zürich und Winterthur machen der Durchmischung den Gar aus.**

Gegen dieses schädliche Lohndiktat in Zürich und Winterthur haben die Parteien FDP, GLP, SVP, Die Mitte, die bürgerlichen Jungparteien sowie Gewerbe und Wirtschaft das Referendum ergriffen. Abgestimmt wird am 18. Juni 2023

Breite Allianz gegen ein staatliches Lohndiktat

Mindestlohn zerstört **Sozialpartnerschaft**

Der Mindestlohn zerstört die bewährte und erfolgreiche Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. **Die Festlegung von Löhnen ist Aufgabe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer resp. der Sozialpartner. Das ist richtig und wichtig, denn Arbeitnehmer und Arbeitgeber kennen ihre Branchen am besten.** Sie kennen die Unternehmen und die Mitarbeitenden. Es ist nicht die Aufgabe des Staates oder der Verwaltung Löhne zu diktieren. Sie wissen es nicht besser als die betroffenen Branchen.

Die Sozialpartner (Arbeitgeberverbände/Branchenverbände und Gewerkschaften) kennen die wirtschaftliche Lage, Besonderheiten und Risiken ihrer Branchen am besten. Ein staatlich diktiertem Mindestlohn zerstört diese Sozialpartnerschaft und Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz. Die bewährten und erfolgreichen Lohnverhandlungen zwischen Mitarbeitenden und Unternehmen werden vom Staat übersteuert – damit werden alle weiteren Vorteile der Sozialpartnerschaft und von Gesamtarbeitsverträgen ohne Not gefährdet. Das betrifft Ferienregelungen, Aus- und Weiterbildungen, Frühpensionierungen und vieles mehr. Diese branchenspezifischen Lösungen werden in Frage gestellt, wenn der Lohn vom Staat oder der Verwaltung festgelegt wird!

Anstelle der Sozialpartnerschaft tritt die Bürokratie. Ein Mindestlohn verursacht Kontrollkosten bei KMU und Staat. Es müssen allein in der Stadt Zürich 500'000 Beschäftigte kontrolliert werden. In Winterthur müssten fast 100'000 Beschäftigte kontrolliert werden. Zudem wird der Mindestlohn in bürokratischen Prozessen fortwährend überprüft und nach oben angepasst.

Deshalb: NEIN zum staatlichen Lohndiktat!

Mindestlohn **vertreibt Arbeitsplätze**

Die Schweiz ist ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Dank der freiheitlichen Wirtschaft profitieren wir von einer sehr tiefen Arbeitslosigkeit und einem hohen Wohlstand. Wichtiges Puzzleteil dieses Erfolgsmodell ist die Verhandlung der Löhne zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Setzt der Staat oder die Verwaltung Mindestlöhne fest, ist das ein massiver Eingriff in die freiheitliche Wirtschaft. Das kostet Arbeitsplätze. **Wenn die Arbeitskosten steigen, sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften. Arbeitsplätze werden in die Agglomeration oder ins Ausland verlagert.**

Die negativen Effekte eines staatlichen Lohndiktates treffen insbesondere Berufseinsteiger, Niedrigqualifizierte, Arbeitssuchende und Mitarbeitende in Teilzeit. **Je höher Mindestlöhne angesetzt werden, desto negativer sind die Auswirkungen auf die Beschäftigung.** Desto mehr Arbeitsplätze werden in die Agglomeration vertrieben. Die vielbeschworene Durchmischung in der Stadt sinkt.

Die Erfahrung zeigt, dass Unternehmen nach Einführung von Mindestlöhnen Arbeitspensen reduzieren. Die Nachfrage nach Arbeit nimmt ab. Die Folgen: Die Arbeitnehmer haben keinen Franken mehr im Portemonnaie – aber die Arbeitsbelastung steigt und das Arbeitsklima verschlechtert sich.

Deshalb: NEIN zum staatlichen Lohndiktat!

Mindestlohn führt **zu höheren Preisen**

Setzt der Staat oder die Verwaltung die Löhne fest, führt das zu höheren Preisen für alle. Höhere Lohnkosten bedeuten höhere Produktionskosten. Das verteuert Produkte und Dienstleistungen.

Diese höheren Kosten müssen am Ende alle Verbraucherinnen und Verbraucher tragen. Staatlich diktierte Löhne schmälern auch die Gewinne der Unternehmen und in der Folge zahlen Unternehmen weniger Steuern.

Schon heute sind Zürich und Winterthur sehr teure Pflaster. Darunter leiden insbesondere tiefe und mittlere Einkommensklassen. Sie werden immer mehr aus den Städten verdrängt. Ein Lohndiktat durch Stadt oder Verwaltung heizt diese Entwicklung noch weiter an.

Für die Armutsbekämpfung ist ein städtischer Mindestlohn ungeeignet. Die meisten Armutsbetroffenen profitieren nicht. **Nur wenige profitieren, doch alle leiden den unter steigenden Preisen.** Besonders unter den steigenden Preisen leiden indes die Armutsbetroffenen. Das zeigt, dass ein staatlicher Mindestlohn für wenige kontraproduktiv ist.

Deshalb: NEIN zum staatlichen Lohndiktat!

Mindestlohn zerstört **den Anreiz für eine Lehre**

Ein staatlicher Mindestlohn sabotiert die Lehre. Wenn man ohne Ausbildung gleich viel verdienen kann, wie mit einer absolvierten eine Lehre, ist das schlicht unfair. Das staatliche Lohndiktat setzt die Berufsbildung so massiv unter Druck.

Eine Lehre lohnt sich schlicht nicht mehr. Ohne Lehre fehlt die Basis für eine Weiterbildung und wirtschaftlichen Erfolg. Ausbildung, Weiterbildung und Leistung müssen sich lohnen. Ein garantierter und vom Staat festgesetzter Mindestlohn bringt Menschen nicht weiter.

Zudem entfällt der Anreiz zur Weiterbildung. Für ausländische Beschäftigte lohnt es sich weniger, deutsch zu lernen. Somit wird auch die Integration erschwert.

Deshalb: NEIN zum staatlichen Lohndiktat!

Mindestlöhne sind ungeeignet zur Armutsbekämpfung

Bestes Mittel für die Bekämpfung der Armut ist eine gesunde und starke Wirtschaft, sowie solide Aus- und Weiterbildungen. Das generiert Arbeitsplätze und Einkommen für alle. **Mindestlöhne zerstören indes die Basis einer gesunden Wirtschaft. Sie zerstören die Sozialpartnerschaft, vertreiben Arbeitsplätze, führen zu höheren Preisen, befeuern die Bürokratie und untergraben das bewährte Schweizer Ausbildungssystem mit der Lehre.** Trotzdem verkaufen die Befürworter die Mindestlöhne als Rezept für die Armutsbekämpfung. Das ist völlig falsch. Wie Studien zeigen, sind Mindestlöhne völlig ungeeignet zur Armutsbekämpfung, denn der grösste Teil Arbeitnehmer mit einem tiefen Lohn ist gar nicht von Armut betroffen.

Nur gut 4 Prozent der Arbeitnehmenden verdienen in der Stadt Zürich unter dem vorgeschlagenen Mindestlohn. In Winterthur sind es rund 5 Prozent. Der Grossteil von Ihnen ist nicht von Armut betroffen. Als Working Poor gelten insbesondere Familien und getrenntlebende Eltern. Der Mindestlohn hilft ihnen nicht. Sie sind selten im Mindestlohn angestellt. Im Gegenteil: Schädlichen Auswirkungen des Mindestlohnes (höheren Preise!) treffen die Armutsbetroffenen am stärksten.

Eine Schätzung der Konjunkturforschungsstelle der ETH KOF für den Kanton Zürich zeigt, dass von rund 100'000 Armutsbetroffenen im ganzen Kanton, höchstens 7 Prozent von einem Mindestlohn profitieren würden. Der Grund: Stundenlöhne sagen wenig über das verfügbare Haushalteinkommen aus. Nur ein kleiner Teil der Armutsbetroffenen sind Working Poor.

Der Mindestlohn ist somit das falsche Mittel, um Armut zu bekämpfen. Dazu braucht es gezielte Zuschüsse. Mindestlöhne sind Giesskannen mit einem grossen Schadenpotential. Sie zerstören die Sozialpartnerschaft, vertreiben Arbeitsplätze, erhöhen die Preise, befeuern die Bürokratie und schaden der Lehre. **Der Schaden von Mindestlöhnen ist viel grösser als ihr Nutzen. Und wichtig ist: Unter dem Schaden der Mindestlöhne leiden Armutsbetroffene besonders.**

Fazit: Eine Lohnerhöhung für wenige, nicht armutsgefährdete Personen, wird teuer bezahlt mit einer enormen Bürokratie, Vertrauensverlust der Sozialpartner, dem Verlust von Anreizen für Weiterbildung. Gleichzeitig wird das Problem der Working Poor nicht gelöst.

Deshalb: NEIN zum staatlichen Lohndiktat!